



Zur geplanten Weiterentwicklung des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) sieht der vlbs dringenden Handlungsbedarf

(Arbeitsgruppe des vlbs) Die Schülerzahl im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) ging von in der Spitze 4.121 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2003/04 auf 1.958 im Schuljahr 2011/12 zurück, wobei sich die Schülerzahl seitdem stabilisiert hat (Schuljahr 2013/14 insgesamt 2.003 Schülerinnen und Schüler in 139 Klassen mit durchschnittlich 14,4 Schüler / Klasse).

Die Schülerzahlen korrelieren eindeutig mit der Zahl der Schulabgänger ohne Berufsreife. Deren Zahl ging vom Schuljahr 2002/03 von 4.143 (Abbrecherquote 9,1 %) auf 2.346 im Schuljahr 2012/13 (Abbrecherquote 5,3 %) ebenso deutlich zurück.

Gleichzeitig waren im Schuljahr 2012/13 164 Schülerinnen und Schüler im Projekt „Keiner ohne Abschluss (KoA)“ an zehn Standorten einer Realschule plus, wobei die Bestehensquote bei 88 % (144 Schülerinnen und Schüler) lag.

Die Zusammensetzung der Schülerinnen und Schüler hat sich in den letzten Jahren deutlich gewandelt. Besonders auffällig ist ein immer höher werdender Anteil von stark verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern mit hoher Gewaltbereitschaft, krimineller Energie, erheblichen Vorstrafen und Drogenkonsum. Diese lassen sich mit den zur Verfügung stehenden pädagogischen Konzepten oftmals nicht mehr unterrichten.

Vor diesem Belastungshintergrund weist der vlbs auf folgenden Handlungsbedarf hin: Es müssen die Möglichkeiten geschaffen werden, diese Schülerinnen und Schüler kurzfristig in außerschulische Maßnahmen ggf.

mit intensivpädagogischer Betreuung überführen zu können. Gleichzeitig muss die Ablehnungsmöglichkeit von Jugendlichen mit bekannten starken Auffälligkeiten erleichtert werden, um einen geregelten Unterrichtsbetrieb im BVJ aufrechterhalten zu können. Für den Umgang mit Schulverweigerern soll ein verbindlicher Leitfaden erstellt werden, der mit dem Schulgesetz vereinbar ist.

Insgesamt sind eine immer geringer werdende Leistungsbereitschaft, ausgeprägte Konzentrationsschwächen, ein schwach ausgeprägter Umgang mit Zeitvorgaben und Regeln, motorische Unsicherheiten und fehlende Grunderfahrungen in der Sozialisation bei den Jugendlichen im BVJ zu beobachten.

Mit dem derzeitigen hauptsächlich praxisorientierten Lernkonzept sind die Ziele des BVJ zur Vorbereitung auf eine Berufsausbildung bzw. auf ein Arbeitsverhältnis und der nachträgliche Erwerb der Berufsreife in Zukunft jedoch allein nicht mehr zu erreichen.

Die von schulischen Misserfolgs-erlebnissen geprägten Jugendlichen empfinden den Unterricht nicht an ihren persönlichen Bedürfnissen orientiert. Deshalb sollten ähnlich wie in der BF I stärkeorientierende Methoden Eingang ins BVJ finden. Eine Kompetenzwerkstatt im ersten Schulhalbjahr könnte die Stärken der Jugendlichen herausarbeiten und eine Berufsvorbereitung mehr an den individuellen Bedürfnissen ausrichten.

Dafür sollten ein bis zwei Unterrichtsstunden pro Woche zusätzlich eingeplant werden. Zur Stärkung des praktischen Anteils können der Fachpraxis-Anteil erhöht oder zusätzliche

Praxistage für die Jugendlichen eingeplant werden. Darüber hinaus benötigen die Jugendlichen einen geregelten Tagesablauf, der nicht schon um 13 Uhr endet. Aus diesem Grund müssen Elemente der Ganztagschule auf das Berufsvorbereitungsjahr übertragen werden. Wichtig wäre ein gemeinsames Mittagessen, dessen Kosten durch den Sozialfonds von Land und Kommunen auf 1 Euro pro Person verringert werden könnten.

Unterrichtsbezogene Angebote wie Hausaufgabenbetreuung, Methodenlernen oder eine Englisch-AG könnten für interessierte Jugendliche zusätzliche Anreize bieten und den Übergang zu weiteren schulischen Abschlüssen erleichtern.

Freizeitangebote gerade im sportlichen Bereich oder bewegungsorientierte Unterrichtsangebote sowie Arbeitsgemeinschaften würden Alternativen zum z.T. zwanghaften Umgang mit den neuen Medien bieten. Während für unterrichtsbezogene Angebote neben Lehrkräften auch

In dieser Ausgabe:

Zur geplanten Weiterentwicklung des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) sieht der vlbs dringenden Handlungsbedarf Titelseite und Seite 56

Bericht zum Besuch der vlbs-Delegation bei der bildungspolitischen Sprecherin von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Frau Ruth Ratter
Seiten 56 bis 59

IN KÜRZE Seite 59

vlbs und Kammern kämpfen gemeinsam für die Attraktivität der dualen Ausbildung
Seiten 59 und 60

Großer Erfolg für BBS Germersheim Außenstelle Würth
Seite 60

pädagogische Fachkräfte möglich sein sollten, sind für Freizeitangebote auch pädagogisch qualifizierte Honorarkräfte anzudenken.

Ebenso wie für die BF I ist im BVJ ein Stundenansatz für den Freiraum zur pädagogischen und organisatorischen Unterrichtsgestaltung notwendig. Dieser flexible Gestaltungsrahmen sichert die Projektorientierung des Lehrplanes und ermöglicht zusätzliche Differenzierungen, individuelle Förderungen, Team-Teaching und die Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte.

Die Verteilung dieser Lehrerwochenstunden sollte innerhalb eines gut organisierten BVJ-Lehrkräfteteams erfolgen. Der Förderunterricht soll außerhalb des Wahlpflichtfachbereichs angeboten und von einer Benotung ausgenommen werden. Insgesamt zeigt sich, dass sowohl die Klassenmesszahl gesenkt wie auch die Anzahl der Lehrkräftewochenstunden erhöht werden muss.

Vergleicht man das BVJ mit KoA, so stehen laut Landtagsdrucksache 16/1670 im BVJ 36 Lehrkräftewochenstunden pro Klasse, im Projekt KoA aber 42 Lehrkräftewochenstunden tatsächlich zur Verfügung. Die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse war im Schuljahr 2012/13 bei KoA mit 16,4 nur unwesentlich höher als im BVJ (14,7). Betrachtet man, dass bei KoA die Jugendlichen noch im Hinblick auf die Zielsetzung einer 80%igen Bestehensquote ausgesucht werden, so ist KoA gegenüber dem BVJ auch im Hinblick auf die Problematik der Schülerklientel bevorzugt. Darüber hinaus ist das BVJ mit einer Förderschülerquote von nahezu 30 % und als Sammel-

becken für verhaltensauffällige Jugendliche ähnlich zu betrachten wie eine reine Förderschulklasse, die eine Klassenmesszahl von 12 hat. Derzeit ist die Klassenmesszahl mit 16 auch im Vergleich zur reformierten BF I mit 20 zu hoch.

Die Schulsozialarbeit ist im BVJ weiter zu stärken. Da immer mehr Schulformen von der Schulsozialarbeit betreut werden müssen, bleibt den sozialpädagogischen Fachkräften kaum mehr Zeit, die Arbeit mit den Jugendlichen im BVJ zu leisten. Gerade die zunehmend multiplen Problemlagen der Schülerinnen und Schüler erfordern aber einen immer höheren Zeitaufwand. Die kurze Anwesenheit der Schulsozialarbeit einmal pro Tag in den BVJ-Klassen ist zu wenig.

Aufgrund der hohen physischen wie auch psychischen Belastungen der Lehrkräfte im BVJ und der zunehmenden Gefahr eines „Ausbrennens“ ist dringend ein zusätzliches und dauerhaftes Angebot des Instituts für Lehrergesundheit (IfL) oder / und der Unfallkasse notwendig, damit Belastungssituationen aufgearbeitet werden können.

Die Inklusion bringt zusätzliche Herausforderungen in die BVJ-Klassen und muss dringend pädagogisch von außen unterstützt werden. Generell sollte für diese Schülerinnen und Schüler, meist aus Schwerpunktschulen, ein zweijähriges BVJ mit hohem Praxisanteil ermöglicht werden.

Gleichzeitig muss der in den allgemein bildenden Schulen festgestellte Förderbedarf auf die berufsbildenden Schulen übertragen werden. Bei der Erstellung eines pädagogischen Kon-

zeptes für den zieldifferenten Unterricht brauchen die Schulen dringend Unterstützung, da die Lehrkräfte im BVJ in diesem Förderbereich nicht geschult wurden. Hier sind dringend passende Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen speziell für den BBS-Bereich anzubieten.

Es sollte ein fester Sockel an Lehrerwochenstunden für Förderschullehrkräfte bzw. sonderpädagogische Fachkräfte sichergestellt werden, der entsprechend der Schülerzahl mit Förderbedarf aufgestockt wird.

Man kann sich dabei an der Personalausstattung im BVJ-Modellprojekt an der BBS EHS Trier orientieren. Vier Förderschüler G werden dort mit acht weiteren Schülerinnen und Schülern gemeinsam unterrichtet.

Eine sonderpädagogische Fachkraft ist die ganze Woche als zweite pädagogische Kraft im Unterricht vertreten. Zusätzlich werden die geistig beeinträchtigten Schülerinnen und Schüler in zehn Wochenstunden durch eine Förderschullehrkraft getrennt von der BVJ-Klasse nach einem Förderplan unterrichtet.

Eine Unterrichtung von so genannten Inklusionsschülern im BVJ sollte nur dann erfolgen, wenn die Schule zu Beginn des Schuljahres ausreichend personelle Unterstützung tatsächlich erhält, ggf. auch zusätzliche Integrationshelfer.

Gerade im Blick auf die geplante Unterrichtung von SchwerpunktschülerInnen nach der 10. Klasse an BBS als zweites und drittes Jahr der Werkstufe mahnt der vlbs dringend ein seit 2012 ausstehendes Inklusionskonzept für BBS an.

Bericht zum Besuch der vlbs-Delegation bei der bildungspolitischen Sprecherin von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Frau Ruth Ratter

(Rainer Senk) Am 02.07.2014 hatte die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Ruth Ratter, den vlbs zum Gespräch eingeladen.

Zu Beginn des Gesprächs hinterfragte Ulrich Brenken hinsichtlich der BBS-Strukturreform Bingen-Ingelheim-Mainz, welche politischen Schritte Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

bezüglich der durch die geplanten Verlagerungen ausgelösten erhöhten Fahrtkosten und Umweltbelastungen unternommen hätten (siehe vlbs-aktuell 2/14).

In diesem zurückliegenden vlbs-Gespräch vertrat Frau Ratter die Position, dass es keinen Sinn mache, Fahrwege für hunderte von Jugendlichen um etwa 30 % zu erhöhen und

pro Schultag 70 km mit dem Bus oder PKW über stauträchtige Straßen zu schicken. Frau Ratter betonte, dass sie dies in den zurückliegenden Monaten ausgiebig mit den politischen Verantwortlichen diskutiert habe.

Man sei zu dem Schluss gekommen, dass zusätzliche Fahrten leider nicht zu vermeiden seien und auch keine Fahrtkostenerstattung erfolgen kön-

ne. Herr Detemple bemerkte, dass man doch, falls weitere Strukturmaßnahmen dieser Art für BBS geplant seien, diese Tatsache vorher bedenken solle. Über dieses Ergebnis zeigten sich die Gesprächsteilnehmerinnen und -teilnehmer auf vlbs-Seite – gerade bei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – enttäuscht.

Herr Brenken bemängelte, dass bezüglich der geplanten Verlagerung von Auszubildenden die BBS gegenüber den konkurrierenden Sek-II-Oberstufen an ABS in der politischen Diskussion benachteiligt seien und dass zwei der von der jetzigen Schulstrukturreform betroffenen BBS bis 2009 mehrfach vergeblich ein TG beantragt hätten – auch zur Stabilisierung ihrer Standorte. Dies sei u.a. mit dem Hinweis abgelehnt worden, man müsse über den Tellerrand der eigenen Schulart hinausschauen und die demografische Entwicklung aller Schularten betrachten.

Herr Brenken forderte diese Sichtweise bei der jetzigen BBS-Strukturreform auch ein. In der Region Bingen-Ingelheim-Mainz gebe es zudem gegenüber den sechs BBS-Standorten jetzt bereits die dreifache Zahl Sek-II-Standorte an ABS.

Frau Ratter betonte, dass die Schülerzahlen auch an den BBS weiterhin zurückgingen. Grundsätzlich habe sie großen Respekt vor der hohen organisatorischen Leistung, die an BBS erbracht werde. Allerdings stellen die BBS mit ihrem hochgradig ausdifferenzierten Angebot von Ausbildungsberufen und berufsbezogenen Unterrichtsangeboten die Schulentwicklungsplanung vor besondere Herausforderungen. Dies gelte sowohl für die Auslastung der Angebote mit Schülerinnen und Schülern als auch für die Versorgung mit Lehrkräften für die berufsbezogenen Fächer. Zum Beispiel mit der Kampagne für das Lehramt an Beruflichen Schulen habe die Landesregierung hier richtige Impulse gesetzt.

Frau Ratter hielt fest, dass Bewerbungen in Mangelfächern weiterhin bevorzugt eingestellt würden. Es sei ein vorrangiges Interesse der Landesregierung, möglichst wohnortnahe Angebote zu erhalten. Andererseits könne man aber die Folgen des demografischen Wandels nicht ignorieren. Wenn es nötig wäre, aufgrund



An dem Gespräch des vlbs mit Bündnis 90 / Die Grünen nahmen teil (v.l.n.r.): Andreas Hoffmann, Ulrich Brenken, Ruth Ratter, Heidi Bonni, Willi Detemple und Rainer Senk (nicht im Bild).

zurückgehender Schülerzahlen als letztes Mittel Fachbereiche zusammenzulegen, seien längere Wege für die Schüler unvermeidlich. Frau Ratter betonte, dass solche Maßnahmen, bedingt durch den demografischen Wandel, vorkommen könnten, man wolle das Problem der Fahrtkosten und Umweltbelastungen bei zukünftigen Entscheidungen aber früher in den Blick nehmen.

Herr Brenken bemängelte, dass Rheinland-Pfalz in der Lehrerversorgung ausweislich der von Professor Klemm in Bezug genommenen Schüler-Lehrerrelation seit vielen Jahren im letzten Viertel im Ländervergleich liege. Die zurückliegenden mehr als zwei Jahrzehnte – das sind fast fünf Studentengenerationen – hätten aus Sicht des vlbs genug Zeit gegeben, um hier eine stärkere Annäherung an die den ABS im Sek-II-Bereich gegönnte Lehrkräfteversorgung zu erreichen.

Frau Bonni fügte an, dass z.B. in Pflegeberufen die Ausbildung von Lehrkräften sehr schleppend vorankäme. Bis heute gäbe es keine Möglichkeit in RLP, das Fach Pflege im Lehramt bis zum Master zu studieren, obwohl enormer Lehrermangel in diesen Berufen herrsche und das seit Jahren bekannt sei.

Herr Detemple wies darauf hin, dass die ADD derzeit noch Stellen für Neueinstellungen habe, dass diese aber nicht hinreichend für Fächerkombinationen verwendet werden könnten, die die BBS brauche, da hier die entsprechenden Bewerberinnen und Bewerber fehlten.

Zu den Empfehlungen der Expertenkommission betonte Herr Brenken,

dass alle Schularten gleichberechtigt angeschaut werden sollten. So könne es nicht angehen, dass man einerseits im BBS-Bereich mehrzünftig laufende Klassen in einer Region zusammenlegen wolle, während man dies den Sek-II-Stufen im ABS-Bereich nicht zumutet, auch dann nicht, wenn z.B. drei Gymnasien nur wenige hundert Meter auseinander liegen.

„Wenn hier alle Schularten gleichwertig sparen, ist das o.k. Gerade die BBS mit ihrem ohnehin schon etwa doppelten Unterrichtsausfall und im Mittel doppelt so langen Schulwegen dürfen hier aber nicht als Sparlokomotive missbraucht werden“, so Herr Brenken.

Auch müsse stärker darauf geachtet werden, dass Verwaltungshandeln betrieblicherseits nicht Abwanderungen des schulischen Teils der dualen Ausbildung in andere Bundesländer oder an ungeplante BBS-Standorte zeitige, die die regionalen Planungen der Schulverwaltung geradezu konkurrenzieren und im Extremfall zur Reduzierung von Ausbildungsplätzen führten. Zudem müsse sich die strukturelle Planung der Schulverwaltung die gleichen Zeiträume gefallen lassen, wie sie versetzungswilligen Kolleginnen und Kollegen auferlegt sind, die ja bis Februar ihre Anträge zum neuen Schuljahr gestellt haben müssen.

Frau Ratter ist es ein wesentliches Anliegen der regionalen Schulentwicklungsplanung, Städte und Kommunen „unter einen Hut zu bringen“. Sie betonte, dass es unverzichtbar sei, bei der Schulentwicklungsplanung über die jeweiligen Kreisgrenzen hinweg zu denken.

Herr Brenken bemängelte, dass bei der Schullaufbahnberatung die BBS in den Realschulen und den Gymnasien mitunter immer noch vor verschlossenen Türen stünden, obwohl die Expertenkommission eine solche Beratung seit 2009 eindeutig vorsehe.

Frau Ratter hob noch einmal die enorme Bedeutung der Schullaufbahn-, Berufswahl- und Studienberatung hervor, die ihrer Meinung nach auch in die Realschulen, Gymnasien sowie die IGS gehört.

Herr Brenken bemängelte die vergleichsweise geringe Versorgung der BBS mit Schulsozialarbeit. Er gab zu bedenken, dass BVJ und BF I noch in die Sekundarstufe I gehören und deshalb bezüglich der Sozialarbeit die gleiche, wenn nicht wegen des erhöhten Beratungs- und Betreuungsbedarfs und der Neuordnung der BF I eine bessere Versorgung haben müssen.

Frau Ratter sagte, dass nach ihrer Information die Zufriedenheit unter den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern laut einer Umfrage gestiegen sei. Allerdings wäre ein Anstieg der Zahl der Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter durchaus wünschenswert. Der Bund habe sich hier leider mit dem Auslaufen der Mittel für Schulsozialarbeit aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) aus der Verantwortung gezogen. Das Land sei vor dem Hintergrund der Schuldenbremse nicht in der Lage, diesen Wegfall zu kompensieren. Mittlerweile sei man bei der Zahl der Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter bei einem etwas höheren Wert als zu Beginn des BuT angekommen.

Zur BF-I-Reform sprach Herr Brenken an, dass die eigenständige Finanzierung der erkannten Fortbildungsnotwendigkeit in 2014 nur durch Androhung einer Ablehnung des gesamten PL-Kataloges habe erwirkt werden können. Hier bedürften die Lehrkräfte ganz besonderer Unterstützung, um ihre verantwortungsvolle Aufgabe bewältigen zu können.

Zur Inklusion bemängelte er erneut, dass – nachdem die Klemm-Studie in 2012 aus den 200 zusätzlichen Stellen im Bereich Sozial- / Förderpädagogik für BBS buchstäblich NULL vorgesehen habe – auch in den nunmehr zwei verstrichenen Jahren kei-

nerlei spürbare neue Substanz zur Inklusion für die BBS geschaffen worden sei. Herr Detemple fügte an, dass zudem die Inklusion und die mangelnde Unterstützung für die BBS die Kolleginnen und Kollegen überfordere. Der vlbs führte aus, dass der Mangel nicht einseitig zu Lasten der BBS verteilt werden dürfe. Es sei zu befürchten, dass die BBS – mit ihren mehr als doppelt so vielen Schülerinnen und Schülern wie alle ABS-Schularten im Sek-II-Bereich zusammen – lediglich in den Bereich der Experimentierklausel zur Inklusion abgeschoben werde. Dagegen wehrt sich der vlbs massiv.

Frau Ratter hielt dem entgegen, dass sie sich für das Schulgesetz eine stärkere Einbindung der BBS gewünscht hätte. Dass dies nicht der Fall gewesen sei, beweise aber, dass man sich erstens der Besonderheit der BBS beim Thema Inklusion bewusst gewesen sei und zweitens bei der Umsetzung von Inklusion an den BBS erst noch Erfahrungen sammeln wolle. Wie auch bei den ABS könne man Inklusion nur Schritt für Schritt umsetzen. Das schon lange an den ABS bestehende System der Schwerpunktschulen sei hier nicht so einfach übertragbar. Bei der Inklusion im BVJ sei schon einiges geschehen, eine Reform stehe dennoch an. Die BBS würden weiterhin mit der Unterstützung der Koalition rechnen können.

In der Folge forderte Herr Brenken Frau Ratter auf, die Regierung solle bei den freien Bildungsträgern mehr darauf achten, ob diese im Rahmen ihres Geschäftsmodells an einer Perpetuierung ihrer Fallzahlen interessiert seien oder ob die Bildungsmaßnahmen nicht doch besser im Bereich des öffentlichen Dienstes bleiben sollten, wo ein Abschluss der jeweiligen Maßnahmen als Erfolg und nicht als evtl. Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes wahrgenommen wird. Frau Ratter bekräftigte, dass Koalition und Landesregierung die Übergangssysteme und deren Reformbedürftigkeit weiterhin im Blick hätten.

Zum Thema Unterrichtsversorgung bemängelte Herr Brenken den nach wie vor hohen strukturellen Unterrichtsausfall bei den BBS von 5,5 %. Zwar sei es vorgesehen, diesen Ausfall bis 2016 auf 3 % zu halbieren,

aber dies sei auch bei den anderen Schularten geplant. Der vlbs begrüßt das Kümmern um eine Senkung des Unterrichtsausfalls ausdrücklich, kritisiert jedoch massiv, dass das Konzept der Landesregierung dabei den doppelten Unterrichtsausfall an BBS fortschreibe, und nimmt dies als einen Konstruktionsfehler zu Lasten der BBS wahr, so dass die grundsätzliche Benachteiligung der BBS bleibe. Zu dieser Thematik hatte der vlbs Ende 2013 auch bei Bündnis 90 / die GRÜNEN nachgefragt, warum das Schreiben der Ministerin an den bildungspolitischen Ausschuss des Landtages vom Oktober 2013 für das Schuljahr 2012/13 bei den BBS nur 107 eingestellte VZLE ausweise, während Professor Klemm 2012 für dieses Schuljahr 167 VZLE vorsieht – und ob die fehlenden 60 Stellen dann auf die von Klemm für das Schuljahr 2013/14 vorgesehenen 202 aufgeschlagen würden. Eine Erklärung seitens der GRÜNEN-Fraktion verweist auf die Mangelfächer, für die keine Bewerberinnen und Bewerber verfügbar sind.

Herr Detemple fügte an, dass in Baden-Württemberg wesentlich höhere Anfangsgehälter gezahlt würden, so dass Bewerberinnen und Bewerber mit Mangelfächern dahin abwandern. Darüber hinaus würden gerade die BBS durch die Einführung der Erfahrungsstufen benachteiligt, weil wesentliche Teile der – dringend benötigten – beruflichen Vorbildung unberücksichtigt blieben. Eine Versetzung im Ländertausch nach Rheinland-Pfalz wird darüber hinaus unattraktiver, weil die Kolleginnen und Kollegen bei uns keine Besitzstandswahrung aus anderen Bundesländern haben und daher mit einer geringeren Besoldung als im Herkunftsbundesland anfangen müssen. Deshalb bleiben vermutlich Lehrkräfte in ihren Bundesländern.

Herr Brenken hob hervor, dass die Ministerin nach einem vlbs-Gespräch im April hier eine großzügige Auslegung zugesagt habe. Frau Ratter unterstützte die Forderung, dass berufliche Erfahrung bei den Erfahrungsstufen mehr berücksichtigt werden solle, und sagte zu, das Thema weiterzuverfolgen. Herr Brenken bat darum, dass das laufende Projekt zur Weiterqualifizierung für LiFP fort-

IN KÜRZE

(Rainer Senk) Die aktuelle Ausschreibungsrunde des renommierten Wettbewerbs „Deutscher Lehrerpriis – Unterricht innovativ“ hat großen Anklang gefunden: In den vergangenen Monaten haben fast 200 Schüler-Gruppen ihre Lehrerinnen und Lehrer für den „Deutschen Lehrerpriis“ vorgeschlagen. Der bundesweite Wettbewerb „Deutscher Lehrerpriis – Unterricht innovativ“ wird von den beiden Initiatoren Vodafone Stiftung Deutschland und Deutscher Philologenverband (DPhV) getragen und jährlich durchgeführt. Interessierte finden unter www.lehrerpriis.de und im Facebook-Profil „Deutscher Lehrerpriis – Unterricht innovativ“ aktuelle Informationen sowie Hintergründe zum Wettbewerb.

(Quelle: TeacherNews 03.10.2014)

Neue Website gibt Einblick in Unterrichtsalltag und informiert über Herausforderungen des Lehrerberufes. Vor 20 Jahren führten die UNESCO und die Internationale Arbeitsorganisation ILO den Welttag des Lehrers am 5. Oktober ein, um das Ansehen von Lehrerinnen und Lehrern zu verbessern und ihr Wirken zu würdigen. Doch noch immer sind „die Pauker“ mit Vorurteilen und Pauschalkritik konfrontiert. Die Internetseite www.das-leisten-lehrer.de informiert nun über das breite Aufgabenspektrum von Unterrichtsgestaltung und die steigenden Anforderungen an den Lehrerberuf.

„Humor mildert Disziplinprobleme, Strafe verschärft sie“, so lautet das Fazit von Giesela Steins Buch: Sozialpsychologie des Schulalltags, Band I. Häufig wollen Lehrer/innen bei einem Disziplin-Problem ein Exempel statuieren und greifen hart durch. Doch autoritäre Strafmaßnahmen in der Schule erreichen selten ihr Ziel. Sie lösen Reaktanz aus und wirken meist als Bumerang. Mit hoher Wahrscheinlichkeit führen sie bei Schülern/innen sogar zur Aufwertung des sanktionierten Verhaltens, warnt Professorin Dr. Gisela Steins (Essen) in ihrem neuen Lehrbuch „Sozialpsychologie des Schulalltags“.

(Quelle: TeacherNews 38.KW)

geführt werde. Zusätzlich thematisierte er die Möglichkeit einer vereinfachten Weiterbildungsmaßnahme zur Qualifizierung der Kollegen.

Frau Ratter fragte, ob sich der Wegfall der Meister in vielen Berufen auch auf die Versorgung der LfFP auswirke. Dies hält der vlbs aufgrund der zurückgefahrenen Einstellungspraxis für diese Lehrkräftegruppe für spürbar.

Dazu gab Frau Bonni zu bedenken, dass durch die Anwerbep Praxis ausländischer Arbeitskräfte in der Gastronomie neue Probleme auf die Berufsausbildung in diesem Bereich zukommen könnten.

Frau Ratter erkundigte sich nach dem Stand des Ausbaus der Barrierefreiheit in der Schule für Menschen mit Behinderungen, zu der vom vlbs darauf hingewiesen wurde, dass es z.B. nicht durchgängig Fahrstühle an BBS gebe.

Abschließend brachte Herr Brenken nochmals in Erinnerung, dass im Koalitionsvertrag der Landesregierung bezüglich der berufsbildenden Schulen eindeutig von Weiterentwicklung und nicht von Rückbau gesprochen wird und dass die BBS während der laufenden zweiten „Halbzeit“ der Legislaturperiode durchaus noch Gestaltungsmöglichkeiten biete.

BBS darf nicht zur Resterampe der Gesellschaft werden

vlbs und Kammern kämpfen gemeinsam für die Attraktivität der dualen Berufsausbildung

(Andreas Hoffmann) Die Schülerinnen und Schüler an allgemein bildenden Schulen müssen über die vielfältigen Möglichkeiten, die Attraktivität und die Aufstiegschancen in Berufen im Handwerk, Handel und der Industrie informiert werden.

Darüber hinaus müssen auch die verschiedenen Angebote, die eine Schullaufbahn an den BBS bietet, in den Vordergrund gerückt werden.

Eine Lehre darf nicht als „Plan B“ angesehen werden, wenn es zum Abitur und Studium nicht reicht, sondern muss als gleichwertige Option angenommen, geachtet und gelebt werden. Doch nach wie vor, so Ulrich Brenken, werden die allgemein bildenden Schulen gegenüber der BBS bevorzugt. Dies wird z.B. an der so genannten Schüler-Lehrer-Relation deutlich.

Würde man den BBS dieselbe Schüler-Lehrer-Relation zugestehen, wie sie in der Klemm-Studie aus 2012 für die Sekundarstufe II der Gymnasien im IST dokumentiert ist, würden an den BBS in Rheinland-Pfalz ca. 800 VZ-Lehrkräfte mehr benötigt. Im Vergleich zu den integrierten Gesamtschulen müsste die Zahl der Lehrkräfte an den BBS sogar um über 2.000 zusätzliche Stellen anwachsen.

Die Aufstockung des PauSE-Faktors von 0,56 auf 0,6 für die BBS-Teilzeit-Berufsschule ist zwar als positives Signal zu werten, wird aber auf Kosten von Vollzeitbildungsgängen insbesondere des beruflichen Gymnasiums sowie der Fachschulen Sozialwesen und Altenpflege kostenneutral erkauft; zumindest werden Gestaltungsreserven teils massiv beschnitten.

Für die BBS ergibt sich nach Ansicht von Harry Wunschel, aus diesem „linke Tasche – rechte Tasche – Spiel“ keine verbesserte Unterrichtsversorgung. Die Vertreterinnen und Vertreter der Kammern und des vlbs kritisierten gemeinsam, dass diese Sparumsetzung im Nachhinein nicht der Empfehlung der Expertengruppe im Vorfeld gerecht wird.

Ein wesentlicher Gesprächspunkt war die Weiterentwicklung der Berufsfachschule I. Im Rahmen einer Evaluierung hat das MBWWK festgestellt, dass die Schülerzahlen von 12.200 im Schuljahr 2004/05 auf 5.800 im Schuljahr 2012/13 zurückgegangen sind. Die Schülerklientel wurde in diesem Zeitraum dabei immer leistungsschwächer, weniger leistungsbereit und hat immer mehr individuelle Probleme.

Die Vertreter von IHK und HWK bemängelten an dieser Stelle die

mangelnde Berufsreife vieler Schulabgängerinnen und Schulabgänger.

„Wir prüfen jetzt, ob aufgrund der BF-I-Reform die Schülerinnen und Schüler berufsreif gemacht werden können. Dann aber mit Hochdruck und genügend Lehrerinnen und Lehrern und sozialpädagogischer Unterstützung“, so Marcus Kleefisch von der IHK Trier.

Ulrich Brenken bekräftigte, dass die BBS durch die Verzahnung von theoretischem Wissen und praktischer Anwendung real am ehesten die Möglichkeit böte, die Schülerinnen und Schüler zur Berufsreife zu führen.

Gerade an dieser Stelle spielt aber auch die Bereitschaft der Betriebe, Praktikumsplätze zur Verfügung zu stellen, eine wesentliche Rolle. Es wird also weiterhin auf die enge Kooperation von Kammern, kleinen und mittleren sowie größeren Unternehmen und den BBS vor Ort ankommen.

Im Herbst 2015 können erste Eindrücke zum Erfolg der BF-I-Reform sowohl auf schulischer als auch auf betrieblicher Seite diskutiert werden. Hierzu wurde ein entsprechender Dialog mit den Kammern vereinbart.

Hinsichtlich der betrieblichen Klassenstrukturierung im Bereich Mainz-Bingen-Ingelheim kritisiert Ulrich Brenken durchaus fehlende fach- und sachgerechte Argumente für die Verlagerung von Ausbildungsberufen.

So sollen u.a. die Friseur von Mainz nach Ingelheim verlegt werden. Eine Berufsgruppe von überwiegend jungen Lehrlingen mit zudem vergleichsweise geringem Einkommen, die darüber hinaus überwiegend in Mainzer Betrieben ausgebildet werden. Die jungen Leute werden mit längeren Fahrtstrecken und damit höheren Fahrtkosten belastet.

Marcus Kleefisch von der IHK Trier betonte, dass es nach Ansicht der Kammern grundsätzlich zu einer Profilbildung an BBS kommen müsse und dass deshalb eine Bereitschaft zur sinnvollen Zusammenlegung von Berufsgruppen mit geringen Schülerzahlen an einzelnen Standorten vorhanden sein sollte.



An dem Gespräch nahmen teil von den Kammern: Michael Böffel (IHK Pfalz, ganz l.), Rita Petry (HWK Pfalz, 3.v.l.), Marcus Kleefisch (IHK Trier, 3.v.r.), Günter Behr (HWK Trier, ganz r.) und für den vlbs: Ulrich Brenken (Landesvorsitzender, 2.v.r.), Harry Wunschel (Beisitzer Landesvorstand, 2.v.l.), Markus Penner (Beisitzer Landesvorstand, Mitte) sowie Andreas Hoffman (Beisitzer Landesvorstand, nicht im Bild).

Doch was jetzt in Mainz passiert, so Günter Behr von der HWK Trier, wo auch mehrzünftig laufende Klassen an einem Standort zusammengelegt werden sollen, wollen wir nicht.

Ulrich Brenken verstärkte dies, indem er daran erinnerte, dass die berufsbildenden Schulen seit Jahrzehnten aufgrund landesweit nur halber Standortzahl und damit im Schnitt doppelt so langer Schulwege bei entsprechendem Wettbewerbsnachteil gegenüber den Sekundarstufen II der allgemein bildenden Schulen einen deutlichen Sparbeitrag leisten. Hier die Sparschraube durch Zusammenlegung von mehrzünftig laufenden

Bildungsgängen noch weiter anzu ziehen, bekämpft der vlbs entschieden.

Beide Seiten sprachen sich für die Fortführung der offenen und intensiven Gespräch in guter Atmosphäre aus.

An dem Gespräch beteiligten sich von Seiten der Kammern Günter Behr (HWK Trier), Michael Böffel (IHK Pfalz), Marcus Kleefisch (IHK Trier) und Rita Petry (HWK Pfalz).

Von Seiten des vlbs nahmen Ulrich Brenken, Markus Penner, Harry Wunschel und Andreas Hoffman an dem Gespräch teil.

Großer Erfolg für BBS Germersheim Außenstelle Wörth

(Markus Penner) Beim Wettbewerb der Herbert Quandt-Stiftung zum „Triolog der Kulturen“ im Schuljahr 2013/14 ist die Außenstelle Wörth der BBS Germersheim unter den Preisträgern.

Sie hat im bundesweiten Wettbewerb „Wurzeln erinnern – Zukunft gestalten“ mit großem Erfolg den 3. Platz belegt. Im Schloss von Bad Homburg wurden insgesamt neun Schulen aus fünf Bundesländern für ihre interkulturellen und interreligiösen Projekte des Schuljahres 2013/14 ausgezeichnet. Ein Jahr lange hatten sie sich im Wettbewerb für eine bessere Verständigung zwischen Juden, Christen und Muslimen in Deutschland eingesetzt.

vlbs-aktuell

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705. Webseite: www.vlbs.org
Vorsitzender: Ulrich Brenken, Rheingauer Straße 8, 55122 Mainz, Telefon 06131-41818, Fax 06131-41817, Ulrich.Brenken@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout: Hildegard Küper, Albertstraße 27, 67655 Kaiserslautern, Telefon 0631/8905 9925, Hildegard.Kueper@vlbs.org.

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. – Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Druck: johnen-druck, In der Bornwiese, 54470 Bernkastel-Kues.

vlbs-aktuell erscheint einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.